

Herrn Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3485



AStA der Musikhochschule Lübeck
vertreten durch Mariia Davydenko
Große Petersgrube 21
23552 Lübeck
asta@mh-luebeck.de
0451/1505140

Ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte in Schleswig-Holstein
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/2132
Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache
20/2169

Stellungnahme des AStA der Musikhochschule

Sehr geehrter Herr Habersaat,
sehr geehrte Damen und Herren im Bildungsausschuss

zunächst einmal freut es uns sehr, dass sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigt. Wie im Antrag der SPD dargelegt, sind die Stellen für studentische Beschäftigte tragende Säulen des Hochschulbetriebs. Für die Studierenden sind es z. B. angesichts der Diskrepanz zwischen Inflation und Erhöhung der BAföG notwendige Jobs, um sich das Leben und Studium zu finanzieren. Aus beiden Gründen halten wir jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vergütung für angemessen und begrüßen jede Bestrebung, die sich für zeitnahe Verbesserungen einsetzt.

Wir erkennen die Fortschritte durch die Einigung der TdL vom 28.2. an, vor allem die Mindestvertragslaufzeit von einem Jahr sowie die Mindestvergütung über Mindestlohn von 13,98€ ab dem WiSe 24/25. Dennoch bedauern wir das Scheitern eines deutschlandweiten Tarifvertrags, der stärkere betriebliche Mitbestimmung und – so würden wir erwarten – auch bessere Vergütung verspricht.

Das Argument, man wolle einen deutschlandweit einheitlichen Tarifvertrag, ist naheliegend. Wir sehen jedoch, dass der Föderalismus dieses Ziel für die nahe Zukunft erschwert. Wir lesen in beiden Anträgen der Fraktionen das Ziel, die Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte zu verbessern.

Daher bitten wir Sie, nutzen Sie die Chancen des föderalen Systems und warten Sie nicht auf die anderen Bundesländer. Eröffnen Sie einen Weg für einen Tarifvertrag, der ein Vorbild für andere sein kann. Der Verlust einheitlicher Arbeitsbedingungen ist für uns keine Negativfolge, sofern sich die Arbeitsbedingungen effektiv verbessern. Dies wiederum könnte andere Länder animieren, was in SH geht, auch umzusetzen. Einen Wettbewerbsnachteil

können wir nicht ausmachen, da die Universitäten und Hochschulen um studentische Beschäftigte nicht miteinander konkurrieren.

Wir sehen im Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/2132 also die größere Chance eine zeitnahe Verbesserung zu erwirken und bitten Sie, dieses Argument und unsere Sichtweise zu berücksichtigen.

Für den AStA der Musikhochschule

Mariia Davydenko
Vorsitzende

Friedrich Hagedorn
Finanzreferent